

AMOS-Preis - Ermutigung, nicht Heiligsprechung

Laudatio von Dr. Erhard Eppler, Schirmherr des AMOS-Preises, zur Preisverleihung 2001

„Verehrte Frau Knoll, verehrte Frau Spreng, meine Damen und Herren,
I.

Heute vor vier Wochen feierten einige hundert Menschen, überwiegend wohl evangelische Christen, in der evangelischen Akademie Tutzing, also irgendwo zwischen hier und dem Burgenland, den achtzigsten Geburtstag einer tapferen Frau. Nach vielen klugen und humorvollen Lobeshymnen trat die Gefeierte, Hildegard Hamm-Brücher, ans Mikrofon, wie immer in den letzten fünfzig Jahren konzentriert, strahlend, sympathisch erinnerte sie in freier Rede, ganz ohne die Geschwätzigkeit des Alters, noch einmal an das, was ihr im letzten halben Jahrhundert wichtig war. Jeder spürte: Da stand ein Stück deutscher, ja vielleicht sogar europäischer Nachkriegsgeschichte, und sicher nicht das schlechteste.

Ein Sätzchen, so nebenbei und nicht ganz ernst hingeworfen, reizte mich erst zum Nachdenken und dann zum Widerspruch, dem sie, hätte ich ihn laut ausgesprochen, wohl lächelnd stattgegeben hätte. Sie sagte nämlich im Blick auf den Heuss-Preis: „Inzwischen gibt es ja mehr Preise für Zivilcourage als es Zivilcourage gibt.“ Und vielleicht wollte sie da auch manche kritisieren, die vielleicht in der Auswahl von Preisträgern für Zivilcourage nicht von übermäßiger Fantasie geplagt sind. Aber, recht hatte sie nicht. Glücklicherweise, immer noch viel mehr Zivilcourage, als es Preise gibt. Damit meine ich nicht nur die beiden Frauen, die heute den AMOS-Preis erhalten. Ich meine auch die Menschen um sie herum. Eine solche Existenz, wie sie Frau Knoll und Frau Spreng führen, ist ja nur erträglich, wenn es um sie herum Menschen gibt, und zwar über die Familie hinaus, die sich nicht beirren lassen, wenn andere lästern, höhnen oder gar drohen. Das können, wie wir aus dem Burgenland wissen, auch Kinder sein.

Unsere beiden Preisträgerinnen sind beide zusammen kaum älter als die große alte Dame eines untergegangenen Liberalismus. Sie müssen sich nicht mehr, wie die junge Hildegard Hamm-Brücher, gegen eine totalitäre Diktatur behaupten. Aber beide haben es mit deren Nachwehen zu tun. Beide sind Theologinnen, beide im kirchlichen Amt, und beiden wird vorgeworfen, sie kümmern sich um Dinge, die sie — als Amtsträgerinnen der Kirche — nichts angingen. Dabei hören sie aus der Kirche, sei es im Burgenland, sei es im brandenburgischen Joachimsthal, manche Argumente, die sonst von Gegnern der Kirche verwandt werden: Die Priester und Pfarrer — und natürlich noch mehr die Pfarrerrinnen, wenn es so etwas schon geben muss, sollten gefälligst die Finger von der Politik lassen.

Wer seit einem halben Jahrhundert sowohl in unserer Kirche als auch in der Politik tätig ist, hat das alles schon tausendmal gehört. Und es ist noch nicht einmal immer falsch.

Die Kirche und ihre Diener können in der Tat zu viel und zu wenig politisch reden. Es kommt durchaus vor, dass ich mich bei einer angeblich politischen Predigt, sogar wenn deren Richtung mir in den Kram passt, über unpolitische Naivität ärgere und seufze — leider unhörbar, denn zum lauten Widerspruch fehlt mir die Zivilcourage „Wenn der nur wüsste ...“

Es ist nicht Sache der Kirche, sich in jeden politischen Streit zu mischen. Welche Steuerreform, welche Rentenreform, welche Justizreform die beste ist, das können sogar im Parlament nur wenige mit soliden Argumenten begründen. Die Kirche hat da keine Kompetenz. Aber dass in Sachen Gentechnik die Kirchen etwas zu sagen haben, bestreiten inzwischen nicht einmal mehr die Kirchenfernen. Die Kirche, die verfasste Kirche, verfehlt also ihre Aufgabe, wenn sie zu Dingen redet, zu denen sie besser schwiege und wenn sie zu Dingen schweigt, zu denen sie besser reden würde. Die Schwierigkeit liegt darin, das eine vom anderen zu unterscheiden. Bei der Vorgeschichte des Hitlerstaates gibt es für mich

ein Ereignis, das zeigt, wo die Kirche hätte reden, vielleicht schreien müssen. Niemand hätte sie hindern können — außer ihre eigene Verblendung und ihr Mangel an Zivilcourage.

Ich erwähne dieses Ereignis, weil es ein wenig mit dem zu tun hat, was die beiden Preisträgerinnen umtreibt. Das war der 'berühmte' Mord von Potempa. In der Nacht vom 9. auf 10. August 1932 drangen fünf SA-Leute im oberschlesischen Dorf Potempa in die Wohnung eines kommunistischen Arbeiters ein, übrigens eines polnischen, und schlugen ihn vor den Augen seiner Mutter tot. Die Mörder wurden inhaftiert, ihnen drohte damals die Todesstrafe. Hitler, damals schon Führer der stärksten Partei im Reichstag, schickte den Mördern ein Solidaritätstelegramm.

Ein Politiker, der Kanzler werden wollte, bekannte sich öffentlich zu Mördern, deren Freilassung er übrigens bald nach seiner „Machtergreifung“ anordnete. Hier war kein Sachverstand gefragt, keine politische Erfahrung. Die Kirchen hätten sagen können: Wir wissen zwar auch nicht besser als andere, wie man sechs Millionen Arbeitslose von der Straße bringt, aber wir wissen, dass jemand, der sich zu Mördern bekennt und damit zum Mord, niemals Reichskanzler werden darf. Das hätte den Kirchen, zumal der evangelischen, viel Ärger, den Bischöfen vielleicht Morddrohungen eingebracht, aber es hätte gewirkt. Vielleicht wäre dann die Novemberwahl 1932 für die NSDAP noch um ein paar Prozente schlechter ausgefallen, und das hätte dann ... der Fantasie sind da keine Grenzen gesetzt.

II.

Meine Damen und Herrn, **Gertraud Knoll** hat nie behauptet, dass sie, weil sie Theologin ist, in der Politik alles besser wissen müsse. Sie hat sogar, als sie für das Amt des Bundespräsidenten in Wien kandidierte, freimütig zugegeben, dass sie noch manches lernen müsse. Man hat ihr übel genommen, dass sie nicht zu allem eine dezidierte Meinung äußerte. Aber es gab ein paar Dinge, für die sie sich als Christin, als Theologin für zuständig erklärte: Und das waren eben vor allem Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus. Im Alten und Neuen Testament steht nichts über die richtige Wirtschaftspolitik, aber sehr wohl etwas darüber, wie wir mit Fremden umgehen sollen.

Gertraud Knoll hat einmal gesagt, die Sprache des Jörg Haider ekle sie an. Das darf eine Verkünderin des Wortes sagen. Sie kann, sogar mit einer gewissen Autorität, darauf aufmerksam machen, wie eine menschenverachtende Sprache aussieht und was in der Geschichte eine solche Sprache immer angekündigt hat. Sie darf z. B. auch sagen: „Eher würde ich als Präsidentin zurücktreten, als dass ich einen Haider zum Kanzler vorschlage.“ Die Wähler haben sogar ein Recht darauf, dass eine Kandidatin so etwas vor ihrer Wahl erklärt, auch und gerade dann, wenn sie kein politischer Profi sein und werden will.

Moral verkommt in der Politik ganz rasch zum Werkzeug im Machtkampf. Meist redet man von Moral, um den Gegner der Unmoral zu zeihen. Es gibt nichts Unmoralischeres als die Moralisation von Sachdebatten. Dann geht es nicht mehr darum, wer das beste Konzept für eine Rentenreform hat, sondern wie man den Rentenbetrüger aus dem Kanzleramt jagt. Es geht nicht mehr darum, wie man die Inflation im Euroraum bremst, sondern wie man eine Regierung bekämpft, die durch Inflation „die Ärmsten der Armen enteignet“. In der Politik gerinnt Moral ganz rasch zu Moralin. Und das ist giftig.

Da ist es erfrischend, wenn die junge Frau, die eine Lippe für die Fremden wagt, selbst sechs kleine Afghanenkinder in ihrem Haus aufnimmt, um sie vor der Abschiebung zu bewahren. Da passen Reden und Tun zusammen. Und die Botschaft des Tuns ist gegen Widerspruch immun.

Gertraud Knoll hat nie ihr Land regieren wollen. Sie hat eine Position angestrebt, in der sie mit hätte entscheiden können, wer regiert und wie regiert wird. Es ist durchaus erlaubt, der Politik Impulse zu geben, ohne sich ihr mit Haut und Haaren zu verschreiben. Darauf beruht nämlich Demokratie. Das tun unzählige Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen eine Umgehungsstraße oder für einen neuen Kindergarten engagieren. Das darf auch jemand, der in der Kirche ein Amt hat. Das hat Martin Niemöller getan und Kurt Scharff, aber auch Hans Lilje und Otto Dibelius. Und in Wien, wenn ich das

richtig sehe, segensreich nicht nur für Österreich, Kardinal König. Sicher, wer in der politischen Diskussion mitreden will, tut gut daran klarzumachen, für wen er spricht und für wen nicht. Natürlich hat nicht die evangelische Kirche des Burgenlandes, sondern die Bürgerin Gertraud Knoll auf der Kundgebung gegen die Regierungsbeteiligung der Haider-Partei gesprochen. Dass dies trotzdem für manche Kirchenmitglieder ein Ärgernis war, ist durchaus ein Argument, das eine Bischöfin ernstnehmen muss. Aber vielleicht hat sie eben auch geredet, damit die Mitchristen nachdenklich werden, die Haider ihre Stimme gaben. Denn es gibt dagegen nicht nur politische, es gibt dagegen auch theologische Argumente.

Gertraud Knoll hat erleben müssen, dass es nicht ungefährlich ist, politische Position zu beziehen. Der Kampf um die Macht ist kein Spiel. Früher war dies ein Kampf auf Leben und Tod, und davon ist noch mehr übrig, als wir gerne wahrhaben möchten, nur die Methoden haben sich geändert. Politik kann manchmal Spaß machen, aber sie ist kein Spaß. Ich sage dies in einer Gesellschaft, die manche als Spaßgesellschaft definieren wollen. Sadat, Rabin, Kennedy oder — vielleicht für uns und die Preisträgerinnen näher — Bischof Romero, sie alle haben mit ihrem Tod bezeugt, dass, wer etwas bewegen will, auch etwas riskiert. Auch Gertraud Knoll wurde bedroht und, was sie noch mehr getroffen hat, ihre Kinder. Ich sage das als einer, der auch jahrelang mit Todesdrohungen leben müssen. Sie hat, wie andere vor und nach ihr, erfahren müssen, dass der Gegenwind so stark sein kann, dass man nicht mehr dagegen ankommt. Das war für sie kein Grund zur Weinerlichkeit, sie hat daraus gelernt. Sie ist härter geworden, aber sie hat sich nicht verhärtet und sie hat auch nicht resigniert.

III.

Im SPIEGEL der vorletzten Woche steht in einem wohl recherchierten Artikel über Klaus Töpfer, den einzigen Deutschen, der einer UN-Organisation vorsteht, wie dieser tapfere Christdemokrat alle seine Energie aufbietet, um den Klimaschutz voranzubringen, wie er mit erschreckenden Szenarien aus der Wissenschaft Politiker davon überzeugen will, wie gründlich wir und unsere Kinder ein Weiter-so in der Produktion von Kohlendioxid büßen müssen. Aber, sagt Töpfer da, er habe Angst vor dem Eppler-Effekt. Gemeint war damit: Wer die Menschen allzusehr erschreckt, wird einfach als Spinner abgebucht, damit man dann so weitermachen kann wie bisher. Carl Friedrich von Weizsäcker hat einmal gesagt, manchmal möchte er schreien, aber weil man Leute, die schreien, nicht ernst nimmt, redet er leise. Er wurde trotzdem gehört, aber eben nur er. Ich habe Verständnis dafür, dass Gertraud Knoll das Leisesprechen in diesem Sinne nicht lernen möchte. Der Knoll-Effekt muss ja nicht unbedingt ein Eppler-Effekt sein.

Natürlich gibt es in Österreich Medien, die einen bestimmten Knoll-Effekt herbeischreiben wollen: „Schon wieder dieses verrückte Frauenzimmer!“ Aber es gibt offenbar auch einen anderen Knoll-Effekt: „Die Frau hat Mut. Vielleicht hat sie nicht immer Recht, aber es lohnt sich, ihr zuzuhören.“

Liebe Frau Knoll, ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage: Mehr kann man in einer demokratischen, pluralistischen Öffentlichkeit gar nicht erreichen. Mehr sollte man auch gar nicht anstreben.

Es in der Öffentlichkeit keinen herrschaftsfreien Diskurs. Immer sind Interessen im Spiel. Jeder Diskurs ist auch Machtkampf. Und ein Mittel des Machtkampfes ist die Diffamierung. Das war so, das ist so, und ich fürchte, es bleibt so. Christen mogeln sich nicht um die Realität herum.

Aber zu dieser Realität gehört auch, dass Menschen erreichbar sind, dass ein mutiges Wort etwas bewegen kann, dass es zum Nachdenken, Umdenken, sogar zur Nachahmung anregt, aber eben auch Zustimmung, Sympathie, Solidarität und praktische Hilfe bewirken kann. Ein Zeichen dafür ist dieser AMOS-Preis. Er bedeutet keine Heiligsprechung, — dafür sind die Preisträgerinnen a) evangelisch und b) zu jung -, sondern, so hoffen wir, eine Ermutigung.

So ist dieser Preis auch für Sie, liebe **Frau Spreng**, gemeint. Sie haben nicht ein ganzes Land in Aufregung und auch in Staunen versetzt, aber was Sie in Ihrer Gemeinde Joachimsthal getan, erreicht, erfahren und

erlitten haben, ist doch sehr ähnlich. Auch Sie haben gelernt, dass politische Fronten meist nicht zwischen Gemeinde und Welt, sondern quer durch die Gemeinde verlaufen. Auch Ihnen ist die Erfahrung nicht erspart geblieben, dass die Umgangsformen innerhalb der Kirche nicht humaner sein müssen als die außerhalb, so wie Synodalwahlkämpfe nicht schöner sein müssen als politische. Auch Sie haben sich sagen lassen müssen, der Schuster bleibe besser bei seinem Leisten, und Rockkonzerte oder break-dance seien nun einmal nicht Sache der Kirche. Auch Ihnen hat man vorgeworfen, Sie kämpften gegen Windmühlenflügel, Rechtsradikalismus gebe es in Joachimsthal gar nicht, so wenig wie in der FPÖ Österreichs. Auch Sie haben ein vorher natürlich blitzsauberes Nest beschmutzt. Sie sind nicht nur bedroht worden, man hat ihr Auto demoliert, man ist in Ihre Wohnung eingebrochen, hat sogar die Gemeindekirche und die Orgel nicht verschont.

Auch Ihnen ist demonstriert worden, dass der deutsche Rechtsradikalismus nicht mehr der Rechtsradikalismus der 20er Jahre ist, sondern Teil jener privatisierten Gewalt, die weltweit überhand nimmt, einer Gewalt, die das staatliche Gewaltmonopol aushebeln und ersetzen will, einer Gewalt bei deren Motiven sich nationalistischer — oder manchmal auch religiöser — Fanatismus unentwerrbar verbindet mit aggressiver Kriminalität, so dass man bisweilen nicht so recht weiß, sind diese Menschen fanatisch bis zur Kriminalität, oder sind sie kriminell mit ideologischem Mäntelchen. Das ist weltweit heute ein Phänomen. Der deutsche Rechtsradikalismus predigt den starken Staat und beginnt damit, die Grundlage jedes Staates, nämlich sein Gewaltmonopol, zu zerstören. Wer in Joachimsthal oder in einer anderen brandenburgischen Stadt leben oder auch nicht leben, feiern oder auch nicht feiern darf, wollen sie bestimmen, nicht Parlament und Regierung. Was das SED-Politbüro sich mit Hilfe des Staates anmaßte, nämlich zu bestimmen, wer wo zu leben habe und wo nicht, das nehmen nun die rechtsradikalen Schläger für sich in Anspruch, und zwar mit gesetzloser und erbarmungsloser Gewalt. Sie, Frau Spreng, haben dies erlebt und auch die Schadenfreude mancher Gesetzestreuen, die da meinten: Geschieht ihr recht, warum belässt sie es nicht bei der Sonntagspredigt, für die sie bezahlt wird.

Dabei haben Sie nur auf ein Ereignis reagiert, einen Ausbruch von Fremdenfeindlichkeit in Ihrer Gemeinde. Als nämlich 1994 rechte Schläger Ihre türkischen Gäste aus Kreuzberg verprügelten und zum Bus für die Heimfahrt Spießruten laufen ließen, haben Sie getan, was Ihre Pflicht war: Sie haben sich überlegt, was Sie dagegen tun könnten, zumal auch noch einige Ihrer Konfirmanden dabei beteiligt waren.

Dass Rock-Bands in Kirchenmauern proben, daran müsste auch ein alter Mann wie ich sich erst gewöhnen, der 1941 von einem Berneuchner Pfarrer in Schwäbisch Hall konfirmiert wurde, der ihm einen ungeheuren Respekt vor dem Kirchenraum beigebracht hat. Natürlich weckt so etwas Widerstand, nicht nur von den hoffnungslos Gestrigen. Wahrscheinlich könnten nicht alle, die da in Ihrer Kirche proben, das apostolische Glaubensbekenntnis hersagen, manche nicht einmal das Vaterunser. Die Argumente, die Sie für Ihren Versuch anführen, sind eher psychologische als theologische: Dass die jungen Leute, wenn sie ein Instrument beherrschen, auch ein gesünderes Selbstbewusstsein entwickeln, dass ein Wettbewerb um das attraktivste Konzert besser sei als ein Wettbewerb um die härtesten Fäuste, dass man jungen Leuten etwas anbieten müsse, damit die „Glatzen“ nicht allzu leichtes Spiel hätten. Das alles klingt ja sehr weltlich, für manche in Ihrer Gemeinde und in unseren Gemeinden zu weltlich. Diese Kritiker müssen ja keine bösen Menschen sein, aber Recht haben sie nicht.

Bewähren muss sich der Christ nicht im Gottesdienst, glücklicherweise, das ist gut so. Da hat er mit nichts zu kämpfen als vielleicht einmal mit dem Schlaf. Bewähren muss ein Christ sich da, wo Bibelsprüche entweder überhört oder mit höhnischem Gelächter quittiert werden. Wenn es wahr ist, dass die Kirchen im August 1932 nach dem Mord von Potempa und Hitlers Sympathietelegramm nur etwas ganz Simples, durchaus Weltliches in weltlichen Worten hätten sagen müssen, dann dürfen und sollen Kirchengemeinden auf den neuen Rechtsradikalismus so antworten, wie sie meinen, dass es am wirksamsten ist. Gefragt ist nicht der frömmste, sondern der erfolgreiche Widerstand. Dass dabei die Worte Jesu wirken können: „In der Welt habt ihr Angst, aber seid getrost, ich habe die Welt

überwunden", das steht auf einem anderen Blatt. Ein Christ, der dauernd meint, er müsse predigen, dient weder seiner Kirche noch seinen Nächsten, und manchmal nicht einmal sich selbst.

Sie, verehrte Frau Spreng, bekommen heute nicht zum ersten Mal einen Preis. Dafür, dass Sie deshalb nicht übermütig werden, ist gesorgt, vor allem in ihrer Heimatgemeinde. Aber wenn Sie nun zurückkehren zu den Menschen, die Sie freundlich oder auch gar nicht grüßen, dann sollen Sie sich ein bisschen weniger allein fühlen als bisher. Wir geben Ihnen nur eine kleine Stärkung mit, damit Sie leichter durchhalten und vielleicht auch noch neue Brücken bauen oder alte, gesprengte reparieren können.

Verehrte, liebe Frau Knoll, verehrte, liebe Frau Spreng, wir sprechen Sie, wie gesagt, heute nicht heilig — und morgen auch nicht. Aber Sie sollen wissen, dass Sie respektvolle Freundinnen und Freunde haben, sogar hier in Schwaben, die mit Ihnen hoffen und manchmal um Sie bangen. Vielen Dank.“